

LESERBRIEF

Flexible Planung

Ein überparteiliches Komitee hat gegen das Spitalgesetz das Referendum ergriffen, da im Kantonsrat beschlossen wurde, das aktuelle Leistungsangebot für die Grund- und Notfallversorgung in allen drei Spitalstandorten im Kanton Luzern detailliert im Gesetz festzuschreiben. Es macht keinen Sinn solch eng gefasste Vorschriften auf Gesetzebene zu machen in einem Gebiet wie dem Gesundheitswesen, das einem steten und schnellen, teils nicht vorausehbaren Wandel unterworfen ist. Ich habe in über 40 Jahren Tätigkeit als Arzt erlebt, welch teils revolutionäre Entwicklungen (bildgebende Verfahren wie Ultraschall, CT, MRI, oder die sogenannte Schlüssellochchirurgie, Interventionen durch Gefässkatheter und Fortschritte in der Onkologie durch die Immuntherapien usw.) vor sich gegangen sind.

Wenn dieses Angebot im Gesetz festgelegt wird, benötigte es bei einer Änderung dieses Angebots jedes Mal eine Gesetzesänderung, was meiner Meinung sowieso nicht Sache der Politiker, sondern Sache der entsprechenden Fachleute wäre. Dadurch besteht die Gefahr, nicht genügend rasch auf zukünftige Bedürfnisse und Entwicklungen reagieren zu können, was sich negativ auf Behandlungen von Patienten und sich auch negativ auf die stets steigenden Gesundheitskosten auswirken kann.

Wir brauchen eine flexible, überregionale und interkantonale Spitalplanung im Interesse unserer Bevölkerung.

Dr. med. Jürg Kälin,
ehemals Hausarzt in Zell

Dreimal Nein und einmal Ja



Symbolbild Andreas Willfahrt/pixelio

Den Ausbau abgelehnt

AUTOBAHNEN Die Schweizer Stimmbewölkerung lehnt den Ausbau der Nationalstrassen mit 52.7 Prozent ab. Im Kanton Luzern beträgt der Nein-Anteil 53.37 Prozent. Der Wahlkreis Willisau dagegen sagte knapp Ja – mit einem Anteil von 50.17 Stimmen. Die Rottaler Gemeinde Grosswangen nimmt die Vorlage an, Buttisholz lehnt sie ab. Der Bund wollte insgesamt sechs Autobahnabschnitte ausbauen. Das, weil sich der Verkehr auf den Nationalstrassen in den vergangenen dreissig Jahren verdoppelt habe. Staus würden Bevölkerung und Wirtschaft belasten, argumentieren Befürworter. Gegner warnten, ein Ausbau führe zu noch mehr Verkehr. dk.



Symbolbild Joergelman/pixabay

Verschärfung abgelehnt

MIETRECHT Die Schweizer Stimmbewölkerung schickt die Mietrecht-Vorlage zur Kündigung wegen Eigenbedarfs mit 53.8 Prozent und jene wegen Untermiete mit 51.6 Prozent bachab. Die Mietrecht-Vorlage zur Kündigung wegen Eigenbedarfs wird im Kanton Luzern mit einem Nein-Anteil von 51.36 knapp abgelehnt. Der Wahlkreis Willisau hingegen stimmt mit 55.26 Ja-Stimmen zu. Die Änderungen im Bereich Untermiete nimmt der Kanton Luzern mit 50.58 Prozent Ja knapp an. Im Wahlkreis Willisau ist die Zustimmung mit 55.12 Prozent deutlicher. Buttisholz und Grosswangen sagen zweimal Ja. In beiden Vorlagen ging es um eine Verschärfung des Mietrechts zugunsten der Vermieter. dk.



Symbolbild Jürg Janköster/pixelio

Einheitliche Finanzierung

GESUNDHEITSWESEN Das Schweizer Volk sagt mit 53.3 Prozent Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung. Mit einem Ja-Anteil von 61.13 Prozent stimmt der Kanton Luzern der einheitlichen Leistungsfinanzierung im Gesundheitswesen deutlich zu. Auch im Wahlkreis Willisau ist das Verdikt mit einem 60.81 Prozent-Ja-Anteil klar. Einzig Ufhusen lehnt die Vorlage knapp ab. Die Rottalgemeinden Buttisholz und Grosswangen stimmen ebenfalls deutlich zu. Im Zentrum der Vorlage stand die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Gesundheitsleistungen. Gegen diesen Paradigmenwechsel wurde das Referendum ergriffen. dk.

Gemeinden von Attacke betroffen

CYBERANGRIFF Am Sonntag hatte ein Überlastungsangriff (DDoS-Angriff) Auswirkungen auf Websites von einigen Luzerner Gemeinden. Bei einem DDoS-Angriff wird ein Rechenzentrum gezielt mit unzähligen Anfragen überlastet. Gemäss Medienmitteilung des Bundesamts für Cybersicherheit BACS war Ziel des Angriffs die Webseite des Kantons Schwyz. Im betroffenen externen Rechenzentrum der Frauenfelder Firma Backlash werden die Webseiten von verschiedenen Kantonen und diversen Gemeinden gehostet. Sie waren am Sonntag teilweise nicht erreichbar. Aus dem WB-Gebiet sind Nebikon, Pfaffnau, Reiden, Wikon und Wauwil Kunden von Backlash. Die Übermittlung von Abstimmungsdaten war nicht tangiert, sie läuft über ein anderes System. dk.

Co-Leitung für «Regionaljournal»

LUZERN Änderung beim «Regionaljournal Zentralschweiz»: Die bisherige Redaktionsleiterin Karin Portmann bildet ab 1. Januar 2025 eine Co-Leitung zusammen mit Christian Oechslin. Das neue Führungsmodell entstand auf eigenen Wunsch aufgrund der bisherigen, engen Zusammenarbeit. Neben ihrer Führungsarbeit werden beide weiterhin im Tagesgeschäft mitwirken. Die Co-Leitung wird gemäss SRF-Medienmitteilung kostenneutral umgesetzt. Mit dem Entscheid für eine Co-Leitung will man sich den aktuellen Bedürfnissen anpassen, um sich für den geplanten Transformationsprozess und die künftigen Herausforderungen optimal aufzustellen. pd/WB

BRIEF

aus dem Nationalrat



Michael Töngi
Grüne, Kriens

Ein denkwürdiges Ergebnis: Die Stimmbewölkerung lehnt den Autobahnausbau ab! Vor dreissig Jahren wurden Autobahnausbauten noch mit 70 Prozent Ja-Stimmen durchgewun-

Ein denkwürdiges Ergebnis

ken. Die Entwicklung ist rasch erzählt: Seit 60 Jahren werden die Autobahnen ausgebaut, seit 60 Jahren nimmt der Stau auf der Strasse zu. Das hat vielen zu denken gegeben, auch wenn Bundesrat Albert Rösti das als «Quatsch» bezeichnete. Hinzu kam, dass immer klarer wurde, dass dieser Ausbau auf veralteten Zahlen basierte, die Kosten höher sind als bisher ausgewiesen und viele Berechnungen für den Autobahnbau zu optimistisch sind. Ein altes Bündnis zwischen linksgrüner Stadtbevölkerung und naturschützerischer Landbevölkerung hat dieses Resultat hingebracht – für einmal gab es gerade keinen Stadt-Land-Graben.

Es ist nun Aufgabe des Bundesrates, die Konsequenzen aus diesem Entscheid zu ziehen. So schwierig ist/wäre das nicht: Er müsste nur all die schönen Papiere zu Mobilitätsfragen zur Hand nehmen, die er selber oder auch Kantone geschrieben haben. Sie alle empfehlen eine Stärkung des öffentlichen Verkehrs im Agglomerationsbereich, ein weiterer Ansporn zu Homeoffice, veränderte Arbeitszeiten wo möglich oder auch mehr Mobilitätskonzepte bei grösseren Arbeitgebern. Fraglich ist aber, ob der Bundesrat die Kurve in diese Richtung

hinkriegt: Denn in seinen Abbauplänen will er den öffentlichen Verkehr schwächen statt stärken. Das ist kreuzfalsch, aber vielleicht besinnt er sich nach diesem Abstimmungswochenende.

Womit wir bei den Finanzen wären. Das grosse Thema der kommenden Wintersession. Die bürgerliche Mehrheit in Bundesbern weiss nicht, wie sie ein Budget ohne Milliardendefizit hinkriegt. Einziger Pflock: Die Militärausgaben sollen massiv steigen. Etwas rascher oder etwas langsamer, doch eine Mehrheit unseres Parlaments glaubt, dass eine Aufrüstung die Schweiz sicherer macht. Dabei zeigt sich, dass unsere Sicherheit auch nach dem Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine nicht durch einen klassischen Krieg gefährdet ist, sondern durch viele andere Risiken.

Aber wenn eine Mehrheit des Parlaments diese massiven Mehrausgaben für die Aufrüstung bereitstellen will, so muss sie auch einen ernsthaften Weg zur Finanzierung aufzeigen. Doch bisher haben wir nur ein Jekami gesehen. Steuererhöhungen? Uuh, nein, da würde man sich ja unbeliebt machen. Weitere Kürzungen? Ja, aber sicher nicht in dem Bereich, wo der Politiker selber um Wähler buhlt. Bleiben also vor allem Kürzungen bei der Entwicklungshilfe und im Asylbereich. Was andere Länder und vor allem die betroffenen Menschen denken, ist momentan noch egal.

Manchmal geht dann in dieser Innenbetrachtung vergessen, dass in der Ukraine Krieg herrscht, Menschen dort Angehörige verlieren, Lebensnotwendiges fehlt. Ohne breite Unterstützung schaffen es diese Menschen nicht und auch nicht der Staat. Es droht der Sieg Putins mit der düsteren Aussicht der Ausbreitung autoritärer Regimes mit allen Einschränkungen und Verlusten für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Unser Land engagiert sich vielerorts und hat die Sanktionen gegen Russland übernommen, doch in finanzieller Hinsicht bleibt unsere Un-

terstützung bescheiden. Dabei ist diese absolut zentral für einen Staat, dessen Lebensgrundlage durch den Krieg zerstört wird.

So konfus die Diskussion bisher verläuft, so wenig hilfreich sind auch die Vorschläge des Bundesrates. Er setzt auf massive Kürzungen. Wenige Tage, nachdem der Gaillard-Abbaubericht veröffentlicht war, hat der Bundesrat bereits verkündet, dass er fast alle Punkte übernehmen will. Viele Massnahmen waren nicht richtig abgeklärt, vieles blieb unklar, aber eines nicht: Mit diesen Kürzungen treffen wir Projekte, die zum Teil vor Kurzem beschlossen wurden, und vor allem treffen wir Menschen, die auf Kinderbetreuung angewiesen sind oder auf eine gute Integration, weil sie bei uns Fuss fassen wollen – oder müssen. Zugleich soll der öV zusammengekürzt werden oder die Forschung in der Schweiz. Sicherheit gegen Forschung? Oder Sicherheit gegen Klimaziele? Kopfschütteln erlaubt.

Gleichzeitig senkt unser Kanton die Steuern: einerseits mit einer Gesetzesrevision, andererseits mit einem tieferen Steuerfuss. Auch in vielen Gemeinden sinken die Steuern – mindestens in jenen, die das können. Dieses Bild sieht man auch gesamtschweizerisch. Unser Finanzdirektor ernervierte sich in der Zeitung, dass Ständeräte darüber nachdenken, den Verteilschlüssel für die Mehreinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer zugunsten des Bundes zu verschieben. Ob es die richtige Lösung ist, kann ich heute nicht sagen. Aber klar ist für mich: Will man solche Mehrausgaben für das Militär stemmen, so können insbesondere Kantone, die jetzt die Steuern senken, sich nicht zurücklehnen und sagen: Das ist eine Bundesaufgabe, geht uns nichts an. Die Bevölkerung trifft eine Kürzung der Ausgaben oder eine Veränderung bei den Steuern ganz gleich, egal ob das eine Gemeinde, ein Kanton oder der Bund beschliesst. Hier braucht es eine Gesamtsicht und keine gegenseitige Abgrenzung.

Patrick Pons wird Präsident

LLV Der Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband hat einen neuen Präsidenten gewählt. Patrick Pons wird ab dem 1. August 2025 dem Verband, der rund 3500 Mitglieder zählt, vorstehen. Der 48-Jährige unterrichtet an der Oberstufe in Kriens.



Wirkt ab August 2025 als neuer Präsident des Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverbandes: Patrick Pons, wohnhaft in Luzern und Lehrer in Kriens. Foto zvg

Der Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband (LLV), der die Anliegen der Volksschullehrpersonen im Kanton Luzern vertritt, hat einen neuen Präsidenten. Der Verbandsrat des LLV hat am 20. November 2024 Patrick Pons als Präsidenten gewählt. Der 48-jährige Luzerner tritt sein Amt am 1. August 2025 an. Er tritt die Nachfolge von Alex Messerli an, der das Amt sechs Jahre lange innehatte.

Patrick Pons hat ursprünglich Kommunikationswissenschaften studiert und viele Jahre als Kommunikationsleiter für die Stadt Zürich gearbeitet, bevor er seine Ausbildung zur Lehrperson Sekundarstufe I in Angriff nahm. Der Quereinsteiger ist gemäss Verbandsrat die optimale Besetzung für das Präsidium, weil er nebst den kommunikativen Kompetenzen auch politisches Know-how mitbringe und sich durch seine Tätigkeit als Lehrer im Bildungswesen bestens auskenne. Verbandsratspräsidentin Rahel Birrer sagt zur Wahl: «Mit Patrick Pons haben wir eine Person für dieses Amt gewinnen können, die über viel Erfahrung in ganz wichtigen Bereichen verfügt und den LLV kompetent vertreten kann.» Dem pflichtet Dana Frei, LLV-Geschäftsführerin, bei: «Nebst den Kenntnissen im Bildungsbereich sind kommunikative Fähigkeiten sowie ein fundiertes politisches Verständnis von grosser Bedeutung.»

Anstehende Herausforderungen gemeinsam angehen

Der Familienvater, der in Kriens unterrichtet und in Luzern lebt, freut sich über seine Wahl: «Mir sind die Anliegen

der Luzerner Lehrerinnen und Lehrer sehr wichtig und ich will diese gerne vertreten.» Ihm sei bewusst, dass sich die Bildungslandschaft schnell entwickle und diverse Herausforderungen anstünden. Die Attraktivierung des Lehrberufs, Integration oder Digitalisierung seien aktuelle Themen, die Lehrpersonen in der Schweiz und den Kanton Luzern beschäftigen. «Ich bin motiviert, wichtige und anspruchsvolle Themen mit einem tollen Team anzupacken und gemeinsam bestmögliche Lösungen zu erarbeiten – mit dem Verband, mit den Lehrpersonen, mit den politischen Vertreterinnen und Vertretern.»

Der Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband zählt rund 3500 Mitglieder und hat seinen Sitz in der Stadt Luzern. Rund 5400 Lehrerinnen und Lehrer unterrichten an der Volksschule des Kantons Luzern. Der LLV nimmt laut eigenen Angaben die Interessen seiner Mitglieder in gewerkschaftlichen und pädagogischen Belangen der öffentlichen Schulen wahr. pd/WB